

# Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

erschint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Bietjährlicher Abonnementspreis durch die  
Post bezogen und abgeholt vom Postamt 0,65 RM;  
bei direkter Bestellung durch den Besteller  
ins Haus 18 Pfg. mehr.  
Alle Postgebühren nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mithilfe der Verbände- und Vereins-Verbindungen  
von  
**Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine**  
(Drittel-Jahresheft)  
Berlin N.O. 53, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsamt: 25 Pfg., Familienamt: 15 Pfg.,  
Vereinsamt: 10 Pfg., Arbeitsamt gratis.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.  
Fernsprecher: Amt 714, Nr. 4720.

Nr. 60. Berlin, Mittwoch, 12. Dezember 1906. Achtunddreißigster Jahrgang.

### Inhalts-Verzeichnis.

Chinesen als Landarbeiter. — Sozialdemokratie und Gewerkschaften sind einig. — Allgemeine Nachrichten. — Gewerkschaften. — Erbschaften. — Auszüge. — etc.

### Chinesen als Landarbeiter.

Die Zünfte haben einst, sie wollen nicht als Landarbeiter eingeführt! Auch die „Deutsche Tageszeitung“, das Blatt des Bundes der Landwirte, hält mit, daß die Plenarversammlung der Landwirtschaftskammer für die Provinz Westpreußen eine Resolution beschließen habe, „in der zwar die Anwerbung von Chinesen als Landarbeiter aus nationalen Gründen für sehr bedauerlich erachtet, aber doch für unumkehrbar erklärt wird, falls nicht durch andere Maßnahmen der Landflucht gehindert werde; die Kammer soll ihren Bestand konstatieren, die geeigneten vorbereitenden Schritte zu tun.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ weist Artikeltränen über diesen Beschluß. Aus „nationalen“ Gründen müsse sie es bedauern und beklagen, „wenn die Anwerbung von Chinesen sich als unvermeidliche Notwendigkeit herausstellen sollte“. Die damit „unvergleichlich verbundenen schweren Gefahren für das Volkstum“ lägen auf der Hand. „Wenn sich trotzdem die geordnete Vertretung der Landwirtschaft einer preussischen Provinz herausstellen sollte, vorbereitende Schritte zu einer solchen Anwerbung in Erwägung zu ziehen, so würde dadurch bedingt, wie groß, wie weitreichend, wie allgemein die Landarbeiternot sei.“ Das Blatt fährt dann fort:

„Wir erwarten wohl mit Recht, daß der Beschluß der Landwirtschaftskammer auf Befriedigung und auf Befriedigung beruhen wird. Die Kritik mag und muß sich aber nicht gegen die Landwirte richten, die, wenn sie nicht zugrunde gehen wollen, der ungewissen Zukunft durch andere Mittel nicht zu länderden Not wehren müssen, sondern gegen diejenigen, welche es soweit haben kommen lassen. Sie oft haben wir genannt und gewarnt! Wie unsere Warnungen sind in den Wind geschlagen worden, alle unsere Mahnungen sind unbefruchtet geblieben. Man hat sich geschert, die großen Mittel anzuwenden, die mindestens eine Milderung des Notstandes bewirken können würden. Man hat sich geschert, die großen Mittel anzuwenden, die mindestens eine Milderung des Notstandes bewirken können würden. Man hat sich geschert, die großen Mittel anzuwenden, die mindestens eine Milderung des Notstandes bewirken können würden.“

Der lateinische Satz ist im Original fett gedruckt. In deutscher Uebersetzung lautet er: „Unsere Schuld, unsere größte Schuld!“ Nach Meinung des agrarischen Blattes tragen die Schuld daran, daß nun Chinesen als Landarbeiter eingeführt werden müssen, nur diejenigen, die der Landwirtschaft die großen Mittel verweigert haben. Welche großen Mittel gemeint sind, wird nicht gesagt. Wohlmeinlich drückt man an den Antrag Antrag zur Verstaatlichung des Getreidehandels. Der Staat selbst sollte das notwendige ausländische Getreide einführen und kaufen, den Verkaufspreis aber festsetzen lassen durch die Agrarier. Wie dieser Plan die Öffentlichkeit beschäftigen, hat der deutsche Kaiser erklärt, daß er keinen Brotwunder dulden werde.

Was die Agrarier verlangen, haben sie, wenn auch in anderer Form, reichlich erhalten durch die massige Erhöhung der Zölle auf landwirtschaftliche Produkte. Und nun ist es immer noch nicht genug! Auch die Zölle der nach Deutschland eingeführten Weizen, Roggen und Dinkel, Ungarn und Rumänien sind den Agrariern noch zu teuer und darum rufen sie nach der Einfuhr von Chinesen. Das Verhalten unserer Agrarier greift zum Himmel! Wegen der Zukunft von Lebensmittel werden fast unüberwindliche Zollmauern und Grenzsperrn errichtet, fremde Arbeiter aber will man zu Hungerpreisen ins Land hinstreuen, damit

auch die deutschen Arbeiter auf das Kautschuk herabgedrückt werden! Mit den jetzt vorwiegend in der Landwirtschaft bezahlten Löhnen kann eine deutsche Arbeiterfamilie nicht leben. Wie „hoch“ diese Löhne sind?

Die deutsche Feldarbeiter-Zentralstelle, Berlin SW. 11, Dapsenplatz 4, berichtet gerade gegenwärtig ihre Bedingungen für den Bezug ausländischer landwirtschaftlicher Arbeiter für das Frühjahr 1907. In ihrem Prospekt führt sie die Lohnbedingungen an. Hiernach betragen die Löhne für:

1. Rußen.  
a) Tagelohn, Männer und harte Frauen, welche nicht mehr können. . . . . 1,30  
Männer und harte Frauen, welche nicht mehr können. . . . . 1,30  
während der Ernte (6 Wochen), die . . . . . 1,—  
b) Wäcker eine Ernte von 50 Pfd. für den Tag ein. . . . .  
c) Arbeitstage sind die ortsüblichen. Die Beträge sind in dem dafür vorgesehenen Verordnungsverzeichnis.

2. West- und Ostpreußen.  
a) Tagelohn bis 1. Juni, Männer und harte Frauen, welche nicht mehr können. . . . . 1,—  
vom 1. Juni bis 1. September, die . . . . . 1,—  
vom 1. September, die . . . . . 1,—  
b) 1. Juni Männer und harte Frauen, welche nicht mehr können . . . . . 0,90  
vom 1. Juni bis 1. September, die . . . . . 1,—  
vom 1. September, die . . . . . 0,90  
c) 1. Juni, Strassen, Mädchen, . . . . . 0,80  
vom 1. Juni bis 1. September, die . . . . . 0,90  
vom 1. September, die . . . . . 0,80

3. West- und Ostpreußen.  
b) Monatslöhne, zu welchem sich hauptsächlich die 1. Juni, Männer, harte Frauen, welche nicht mehr können. . . . . 21,—  
vom 1. Juni bis 1. September, die . . . . . 23,—  
vom 1. September, die . . . . . 21,—  
c) 1. Juni, Männer und harte Frauen, welche nicht mehr können . . . . . 20,—  
vom 1. Juni bis 1. September, die . . . . . 22,—  
vom 1. September, die . . . . . 20,—  
d) 1. Juni, Strassen, Mädchen und . . . . . 18,—  
vom 1. Juni bis 1. September, die . . . . . 20,—  
vom 1. September, die . . . . . 18,—

4. West- und Ostpreußen.  
e) Arbeitstage sind für Tagelöhner die ortsüblichen. Die Beträge sind in dem dafür in den Verordnungsverzeichnis angegeben. Für Monatslöhner bleiben die Arbeitstage beförderlicher Vereinbarung vorbehalten.  
d) Deputat. Jeder den vorbezeichneten Lohnfügen wird jedem Arbeiter zusätzlich an Kost bzw. Naturalien gewährt: dem Name 10 Pfd. Brot, dem Frauen und dem Weibe 8 Pfd. Brot, außerdem bei allen 1 Pfd. Getreidemaschinen oder Reis, 1 Pfd. Käse, 1 Pfd. Milch, 1 Pfd. Schmalz, 1 Pfd. Butter, 25 Pfd. Kartoffeln, 3/4 l. Wasser, oder Buttermilch (täglich 1/2 l.) oder süßer Milchsaft, Salz nach Bedarf. Gesundheitspflege, freie Wohnung in Arbeiterkolonien nach Umständen gestattet. Von dem Deputat darf der Arbeiter nichts verkaufen.

5. Ungarn.  
1. Deutsche Erbsparnisse und Gewinne.  
a) Tagelohn, bis 1. Juni, Männer . . . . . 1,—  
vom 1. Juni bis 1. Oktober, die . . . . . 1,10  
vom 1. Oktober, die . . . . . 0,90  
während der Ernte (6 Wochen), die . . . . . 1,60

- bis 1. Juni, Strassen, Mädchen, . . . . . 0,80  
vom 1. Juni bis 1. Oktober, die . . . . . 0,90  
vom 1. Oktober, die . . . . . 0,80  
während der Ernte (6 Wochen), die . . . . . 1,20  
Arbeiterführer . . . . . 2,50  
Köchin (Frau des Arbeiterführers) . . . . . 1,00  
b) Deputat wöchentlich für die Person: 3/4 l. Roggenmehl (täglich 1/2 l.), 15 Pfd. Kartoffeln, 12 Pfd. Roggenmehl zum Brotbacken, 2 Pfd. Weizenmehl zum Backen, 1 Pfd. Reis, 1 Pfd. Butter, 1 Pfd. Milch, 1/2 Pfd. Salz, 30 Pfd. Getreide und Gasse.  
c) Arbeitstage sind die ortsüblichen. Die Beträge sind in dem dafür in den Verordnungsverzeichnis angegeben.

2. Deutsche Erbsparnisse.  
a) Tagelohn, bis 1. Juni, Männer und harte Frauen, welche nicht mehr können . . . . . 1,10  
vom 1. Juni bis 1. September, die . . . . . 1,25  
vom 1. September, die . . . . . 1,10  
während der Ernte (6 Wochen), die . . . . . 1,60  
bis zum 1. Juni, Strassen, Mädchen, . . . . . 0,85  
vom 1. Juni bis 1. September, die . . . . . 1,—  
vom 1. September, die . . . . . 0,85  
während der Ernte (6 Wochen), die . . . . . 1,20  
b) Deputat für die Person und Weibe: dem Name 10 Pfd. Brot, dem Weibe 9 Pfd. Brot, beides 2 Pfd. Weizenmehl, 1 Pfd. Reis, 1/2 Pfd. Butter, 1/2 Pfd. Milch, 1/2 Pfd. Speck, 1 Pfd. Schmalz, 1/2 Pfd. Salz, Pfeffer, Zwiebeln nach Bedarf, 30 Pfd. Kartoffeln, 3/4 l. Roggenmehl (täglich 1/2 l.). Für das Deputat können auch 2,50 RM. bar für die Person bezahlt werden.  
c) Arbeitstage sind die ortsüblichen. Die Beträge sind in dem dafür in den Verordnungsverzeichnis angegeben.

Alle Ungarn arbeiten mit Vorliebe in Ufford und nehmen Verträge ohne reichliche Sicherheit zur Arbeit nicht an.  
Der Arbeiter zu diesen jämmerlichen Bedingungen begehren will, fällt folgenden Antragsteller entsprechend aus:

Zu den mir bekannten Bezugsbedingungen beantrage ich die Deutsche Feldarbeiter-Zentralstelle für mich auf dem anliegenden, von mir angefüllten und unterzeichneten Betrage die am Kopf des Betrages näher bezeichneten Arbeiter anzunehmen.

- a) Ich werde die Arbeiter in dem Vermittlungsbüro abholen lassen.  
b) Ich erwarte mit die Arbeiter nach Station zu schicken.  
c) Antrittstermin ungefähr am . . . . .  
d) Sollte es die Lage des Arbeitsmarktes erfordern, so bin ich bereit, auch Arbeiter einer anderen Nationalität als der von mir bezeichneten anzunehmen. (Kaufst. Nr. 12. des „Gewerks.“)

Das mit Zutreffende ist zu durchzeichnen.  
Bezeichnung: . . . . . 190  
Bezeichnung: . . . . .  
Name und Wohnort des Auftraggebers:

Da Prospekt fordert die Zentralstelle 2-4 RM. pro Person, erfolgt die Bestellung erst nach dem 15. Dezember, so erhöht sich der Preis. Der erhöhte Preis ist auch zu zahlen, wenn nur 1-3 bzw. 3-6 Personen bestellt werden. Die Lieferung folgt frei Grenzort, von da ab hat der Arbeitgeber die Transportkosten zu zahlen.

Das ist die Arbeitsbedingungen für landwirtschaftliche Arbeiter. Man nicht jedem deutschen Mann die Schamüste ins Gesicht schlagen, wenn er von diesem Schlangenhändler lieft? Und wenn dann die noch stillerem Fuß hinzukommen, so ist die Landwirtschaft gerettet. Germania bezahle dein Haupt! Auch da wirst den Satz erleben, der sich in Italien erfüllt hat: Latifundia perdidit Italia! Der Großgrundbesitz hat Italien zugrunde gerichtet. Der Großgrundbesitz wird auch Deutschland zugrunde richten!

0-Rollbus  
ber An-  
berpflicht  
die Be-  
nd ein-  
furt a. O.  
m. Das  
der Auf-  
cht sowie  
men Ver-  
amt eben-  
mit diesen  
richt von  
m Ort-  
angebauer  
in Bericht  
gung  
gung  
berband  
a unter-  
nen Ver-  
ie mög-  
7, denn  
kosten.  
s. B.  
s. B. 8  
und Paul  
berett,  
ist noch  
er. 2.  
berweid-  
5/8 bis  
vertrie,  
men.—  
be im  
1.11.  
rember.  
Hend  
atber.  
8. De-  
r. 25.  
9 Uhr,  
tag im  
11.11.  
s. B. 8  
Chris-  
9 Uhr,  
unt.—  
gung  
fcher  
1/2 bis  
r. 9a.

hohe Zahl der Mitglieder gemein, freilich nicht die hohe Summe der Beiträge. In dieser Beziehung scheint die mehr den bürgerlichen Kreisen. Ihre Jahresbeiträge und Ausgaben balancieren mit 11 000 Mark! Eine nicht ganz unwichtige Feststellung! Es muß doch eine schwere Last sein, ausfalls den Unternehmern, und Arbeiterorganisationen und ihren Beiträgen hierin zu halten. Ich würde mir wünschen, daß die Arbeiterorganisationen sich über die Höhe der Beiträge nicht belächeln, wenn sie immer mehr nach links ausgreift. Über die Höhe der gewöhnlichen Mitgliedsbeiträge, über Tarifverträge und über das Kollektiv- und Vereinsrecht. Resolutionen, die Zustimmung der Arbeiterorganisationen zu denselben entgegenkommt, und in einer Berliner Volksversammlung den nachfolgenden Tagen in der Reichstag und den Arbeiterkongress über die Arbeiterorganisation in den Großbetrieben sprechen läßt. Aber eine vermittelnde Rolle ist das nicht mehr. Die „Gesellschaft für soziale Reform“ ist vielmehr eine reine und einseitige Vertretung der Arbeiterinteressen geworden.

Hätte der Verfasser dieser Notiz an den Verhandlungen teilgenommen, so wäre er wohl zu einem anderen Schluß gekommen. Die „Gesellschaft für soziale Reform“ will in der Tat eine vermittelnde Tätigkeit ausüben. Hierbei geht es natürlich nicht an, das meist ablehnende Verhalten der Unternehmerverbände gar noch zu loben.

Mit der „D. Industrie-Ztg.“ geht Hand in Hand die „Arbeiter-Ztg.“ und mit beiden Arm in Arm die sozial. „Völkervereinigung“. Die Arbeiter-Ztg. schreibt:

„Die ersten Schritte (Gemeint sind die Teilnehmer an der Generalversammlung der Gesellschaft für soziale Reform v. d. G.) sind einmal von denen ersten die Dank, für die sie ihre Lebensarbeit einbringen! Als den ersten Schritt der Sozialreform begrüßt die „Völkervereinigung“ diesen Kongreß der Sozialreformer und lobt jede geistige Bemühung, wie überhaupt mit dem Bürgerum, so auch mit dieser bezüglich um die Wucht der Arbeiterpartei huldigen Beteiligung ab. Sie nennt die Teilnehmer des Kongresses ausgezeichnete Ideologen und Weltanschauer; sie verhöhnt dieses harmlose Parrottum! „Ein ideologisches Plaudern ist die ganze bürgerliche Sozialreformerei, das verachtet auf dem Schicksal des Klassenkampfes aufzufassen ist und über kurz oder lang in den Boden gesunken wird. Die Arbeiterklasse hat nie auf diese Reden reagiert!“ Also schreibt das Organ des Herrn Reichling, und so es recht hat, soll es recht behalten!“

Wenn die Schatzmacher aus beiden extremen Lagern so schreiben und so begründig einig sind, dann ist die „Gesellschaft für soziale Reform“ für alle verständigen Menschen ganz gewiß auf dem richtigen Wege.

Nach dem Reichshaushaltsplan für 1907 sind die Einnahmen an Zölle, Steuern und Gebühren veranschlagt auf 1 179 558 440 Mk. (gegen das Vorjahr + 105 889 440 Mk.). Davon entfallen auf die Zölle 580 445 000 Mk. (+ 19 745 000 Mk.), Tabaksteuer 11 197 000 Mk. (+ 341 000 Mk.), Zigarrensteuer 11 473 000 Mk. (+ 7 473 000 Mk.), Jüdensteuer 136 653 000 Mk. (+ 6 653 000 Mk.), Salzsteuer 54 323 000 Mk. (+ 253 000 Mk.), Brauwertsteuer a) Raubbottichsteuer 14 549 000 Mk. (+ 506 000 Mk.), b) Verbrauchsabgabe und Zuschlag 102 334 000 Mk. (- 1 685 000 Mk.), Schaumweinsteuer 4 933 000 Mk. (+ 337 000 Mk.), Brausteuer und Uebertragungsabgabe von Bier 51 744 000 Mk. (+ 16 428 000 Mk.), Spielkartenstempel 1 694 770 Mk. (+ 52 770 Mk.), Wechsellampensteuer 14 418 000 Mk. (+ 1 800 000 Mk.), Reichsstempelabgaben I. Ueberweisungssteuer 86 825 670 Mk. (- 1 038 830 Mk.), II. Reichseigene Steuern 71 540 000 Mk. (+ 26 880 000 Mk.), Erbschaftsteuer 30 000 000 Mk. (+ 28 000 000 Mk.), Staatliche Gebühr 1 329 000 Mk. (+ 142 000 Mk.). Dazu treten noch Auerja in Höhe von 85 140 Mk., so daß sich ein Gesamtsummen von 1 179 548 580 Mk. ergibt.

1907 unterworfen haben sich die sozialdemokratischen Wähler im 3. Berliner Reichstagswahlkreis, ihrem Reichstagsabgeordneten, dem Diktator der „Vorwärts“-Druckerei, Richard Fischer. So haben wir es vorausgesehen. Aus Parteibüchlein handeln Arbeiter gegen Arbeiter. Wir bitten die früher über diese Vorgänge im „Gewerksverein“ erschienenen Artikel noch einmal nachzulesen, dann wird man erst verstehen, was es heißt, daß die Versammlung sich einstimmig mit dem Standpunkte und der Abwehr des Genossen Fischer einverstanden erklärte.“

Die Nationalliberalen des Reichstages wollen arbeiterfreundlich werden, wenigstens tun sie so. Die nämlich die „Reichlich-Bessigliche Volkszeitung“, das Organ der nationalliberalen Großindustriellen, mitteilt, hat die Partei für Bochum, Gelsenkirchen, Hattingen und Witten 7 Parteimitglieder angefaßt, wovon 4 aus dem Arbeiterstande entnommen sind, und davon 3 gewerkschaftlichen Organisationen angehören sollen. Die Tätigkeit der Parteimitglieder beginnt am 1. Januar. Zur nächsten Reichstagswahl soll in Bochum-Gelsenkirchen ein nationalliberaler Arbeiterkandidat aufgestellt werden.

Schüler gewerkschaftlichen Richtung die partei-

politischen Arbeitersekretäre angehören, ist nicht gelagt. Das wird man nun aber bald erfahren. Die „Offener Volks-Zeitung“, das Organ der Zentrums Partei, stellt, die nationalliberalen Großindustriellen würden wohl etwas anderes im Schilde führen als lediglich einen nichtsozialdemokratischen Arbeiterkandidaten in den Reichstag zu bringen. Die Zentrums Partei müsse daher die Augen offen halten.

Für die Beurteilung der nationalliberalen Partei entscheidet die Anstellung von Arbeitern zu Parteisekretären natürlich gar nichts! Allein maßgebend ist hier das Verhalten dieser Partei im Reichstags. Das Zentrum aber braucht sich darüber am wenigsten aufzuregen, denn, als es galt, das Arbeiterinteresse zu wahren, da versagten die Nationalliberalen genau so wie das Zentrum, denn sie stimmten gemeinsam für die Verteuerung der Lebensmittel und nur dem Verhalten dieser beiden Parteien ist es zuzuschreiben, daß eine so ungeheure Preissteigerung eintreten konnte.

Das Komitee der in Berlin errichteten Barmhallen verleiht seinen Redaktionsbericht für 1905/6 und teilt darin mit, daß der Besuch der Barmhallen sich trotz des milden Winters stark gehoben habe. Im Winter 1905/6 sind die Barmhallen am 25. November geöffnet und am 15. März wieder geschlossen worden. Am Eröffnungstage wurden morgens 4 Uhr 220, mittags 12 Uhr 350 und nachmittags 4 Uhr 150 Personen als anwesend festgehalten. Am höchsten war die Ziffer am 3. Januar mit 1380 morgens 8 Uhr, 1200 mittags 12 Uhr und 1100 nachmittags 4 Uhr. Während des ganzen Januar ist die Tageszahl nicht unter 1000 heruntergegangen. Im Februar betrug sie täglich um 8 Uhr morgens 900—1000 und in den ersten Tagen des März sogar weit über 1000. Am Schlußtage, 15. März, wurden morgens 600 Personen gezählt. Die Barmhallen sind in 4 Stadtbahnzügen untergebracht, für die bei den Fiskal außer den Unkosten für Wasser, Grundsteuer und Kanalisation noch jährlich 4900 Mk. Werte zu bezahlen waren. Kaffee, Milch, Brot und Suppe wurden zum Selbstkostenpreis von 2—5 Pfg. pro Portion abgegeben. Es wurden im ganzen 292 570 Portionen abgegeben.

An alle in den deutschen Schiffsbetrieben beschäftigten Berufskollegen und deren Hilfsarbeiter wendet sich ein vom Generalrat des Gewerksvereins der Deutschen Schiffszimmerer, Schiffsbauer, Schiffsrechner, Fischer und anderen Arbeitern herausgegebenes Flugblatt. Wir machen unsere wertigen Verbandskollegen anderer Gewerksvereine auf dieses Flugblatt aufmerksam mit der dringenden Bitte, das Flugblatt zu beschaffen und es an die Berufsarbeiter der genannten Art zur Verteilung zu bringen. Bestellungen auf dieses Flugblatt sind mit Postkarte zu richten an den Generalrat Herr J. Stettin-Gradow, Völkervereinigung 40 a.

† Ernst Ludwig Wolf, der frühere Generalsekretär des Gewerksvereins der Tischler, der 1875 als Nachfolger des in jenem Jahre verstorbenen Generalsekretärs Adbel gewählt wurde, ist am Sonntag, 9. Dezember, im Kreisfrankenhausje zu Witt bei Berlin im Alter von 76 Jahren gestorben. Wolf war Generalsekretär bis Mitte 1900, also 25 Jahre. Mit Rücksicht auf das hohe Alter des bewährten Kollegen wurde dann ein jüngerer Generalsekretär gewählt und für Wolf eine kleine Pension angesetzt.

Der Verstorbene war ein aufrichtiger Gewerksvereiner und in seinen gesunden Tagen ein wirksamer Verfechter der Gewerksvereinsgrundsätze und ein glänzender Redner. Lange Jahre gehörte er dem Zentralrat an, auch vertrat er seinen Gewerksverein auf verschiedenen Verbandskongressen. Der Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine und der Generalrat des Gewerksvereins der Tischler werden Kränge der Dankbarkeit und des treuen Gedenkens am Ergo niederlegen lassen.

Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Gewerksvereins-Zeil.

Wandelstein a. M. Die Lohnbewegung der diesigen Zigarren- und Tabakarbeiter ist mit vollem Siege der Arbeiterpartei beendet. Der Reichs-Deutscher Gewerksvereinsbeamte Hoff-Geibelberg schloß im Namen der diesigen Tabakarbeiter mit dem Firmenvorstand Herr und Frau Adler einen Lohnvertrag ab. Beide Firmen bescherten demselben die Höhe von und zwar für jede Zigarre 60 Pfg. pro Stille. Die Arbeiterpartei bedankt sich in einer sehr gelungenen Versammlung, dieses Resultat anzuzeigen. Somit ist nun der Friede zwischen

Tabakarbeiter und Arbeitern geschlossen. Von den circa 65 Arbeitern, welche in Betracht kamen, sind 55 in unserm D.-M. der Zigarren- und Tabakarbeiter organisiert.

Reifereisanten. Lohnbewegung auf der Nähmaschinen- und Nähfabrik Adolf v. d. Wehr. Kaiser. Am 4. Dezember fand im Saalbau eine von 280—290 Arbeitern obiger Firma besuchte Versammlung statt. Einberufen war dieselbe von den Reichs-Deutschen Gewerksvereinen und den christlichen Gewerkschaften. Tagesordnung war: Die Stellen wir uns zu der einseitig von dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband bei obiger Firma ins Leben gerufenen Bewegung! Hierüber referierte unser Parteileiter Kollege Balleit. Der Redner kommt nach gründlicher Erörterung dieses Vorganges zu dem Schluß, daß der Metallarbeiterverband sich schwer vertragen habe an den Interessen der Arbeiter, indem er ohne die anderen Organisationen zu betragen, eine Lohnbewegung eingeleitet habe. Die größere Hälfte der Arbeiter gehöre nicht dem Metallarbeiterverband an. Darunter befänden sich in der Hauptsache die älteren Arbeiter. Es sei eine ungeheure Zumutung, diese von der Beratung auszufächeln, aber von ihnen zu verlangen, daß sie auf Kommando mit zu streiken hätten. Der Unterbau dieser Bewegung sei in höchem Maße unaufrichtig, denn keine vernünftiger Mensch werde das Vergehen des Verschwindens der Arbeiterauschusses der Direktion gegenüber billigen. Es gebe leider noch viele Fabriken, die keinen Arbeiterauschuss anerkennen. Hier aber ist die Direktion bereit, mit dem Arbeiterauschuss zu verhandeln, was aber der Vorliegende des Ausschusses ablehnt, mit der Überzeugung eintrief, daß ihm die Stunde nicht passe, die er zu bestimmen habe. Der Vorliegende ging sogar soweit, seinen Kollegen die Unterhandlung mit der Direktion zu verbieten, obwohl sich die Direktion entschuldigt hatte, daß sie zu der von dem Vorliegenden verlangten Stunde anderweitig Sitzung habe und man deshalb über die Beschwerden der Arbeiter sofort verhandeln wolle. Die übrigen 5—6 Entlassenen mußten sich vor dem Gewerbeamt auch von den Arbeitgebern lösen lassen, daß sie nicht gehen wollten, als sie den Betrieb schließten in dem Augenblicke, wo der Arbeiterauschuss zu Verhandlungsworten zur Direktion getreten wurde.

Bei dieser Sachlage gebiete es die Selbständigkeit der Gewerksvereine (h. T.) und der christlichen Gewerkschaften, sowie der gesunde Menschenverstand, nicht solche Dummköpfe, die der Metallarbeiterverband made, wähenes zuzumachen. Daraus ergibt sich unsere Stellung in diesem Kampf. Das Wohl der Arbeiterschaft, nicht allein der von Wehr, Kaiser, sondern von ganz Kaiserlautern, steht uns zu hoch, als daß wir durch berattene Bewegungen dieser Art oder Verhältnisse in Wangen bringen und auf Jahre hinaus in der Bewegung zurückbleiben sollen (Christlicher Beifall). Von christlicher Seite schloß Herr C. H. L. Berger den Ausführungen des Referenten an, welche er als sehr treffend bezeichnete. Nach kurzer Diskussion wurde die Versammlung einstimmig eine im Sinne des Referenten gehaltenen Resolution.

Schmölln. Zum Sonntag, den 25. November hatte der Vorliegende Vortrag von C. B. der Tischler wieder, wie im vorigen Jahr, eine Konferenz; nach Öbigny einberufen. Hierzu waren die Ortsvereine der Maschinenbau-, Eisen- und Grubenarbeiter, der Tischler-Kameraden, Öbigny und Schmölln und der C. B. der Arbeiter-Schmölln durch Vertreter bzw. mit einer ziemlich Anzahl Mitglieder erschienen. Tagesordnung: I. Vortrag: Sozialdemokratie und Arbeiterpartei. II. Vortrag: Brauchen wir eine Presse? Die Versammlung wurde 4 Uhr von Kollegen Ragrod eröffnet und begrüßt. Es wird als Berichterstatter Kollege Wangen, als Schriftführer Kollege Eragsdorf, Schmölln gewählt. Kollege Richter-Wilgenfeldt wird als Notwendigkeit der Presse für die Kassenarbeiten. Die von ihm verbrachte „Mitteldeutsche Volkszeitung“ sei die erste für die Gewerksvereine erschienene Tageszeitung. Die Arbeiterpartei und an in der Presse und in Versammlungen und da müsse ihnen so rasch wie möglich beantwortet werden. Auch für die Werbung neuer Mitglieder sei die Presse ein unentbehrliches Hilfsmittel, das um so besser wirkt, je größer seine Verbreitung sei. Darum müßten sich die Verbandskollegen bemühen neue Abonnenten zu gewinnen. Kollege Ragrod empfahl ebenfalls das Abonnement auf die „Mitteldeutsche Volkszeitung“ und auf den jetzt zweimal wöchentlich erscheinenden „Gewerksverein“. Das zweimalige Erscheinen des Verbandsorgans sei sehr zu begrüßen und es bewähre sich auch ausgezeichnet. Bedauerlich sei nur, daß die Verbandsleitung dem „Gewerksverein“ nicht schon früher habe zweimal erscheinen lassen. Auch die „Mitteldeutsche Volkszeitung“ verdiene lebhaft Unterstützung zu werden. Die von dieser Zeitung früher gemachten Fehler seien jetzt nicht mehr vor, daher müßte auch an ihrer Verbreitung gearbeitet werden. Verlagt müsse werden, daß sie gerade am Erscheinungsorte, in Weitzenfels, so wenig Abonnenten habe. Die Weitzenfelsler Kollegen könnten das Blatt auch noch dadurch unterstützen, daß es denn leichter gut bezahlte Inserate läßt. Dann habe es denn leichter gut bezahlte Inserate läßt. Dann habe es denn leichter gut bezahlte Inserate läßt.

Es wird sodann eine Kommission gewählt, bestehend



# Sozialdemokratie und Gewerkschaften sind eins.

Die kaiserliche Werft in Kiel hat den dortigen Schriftführer des Schmiedeverbandes, der 10 Jahre lang auf der Werft beschäftigt war, entlassen, weil er sich eines Verstoßes schuldig gemacht habe gegen § 1 Abs. 1 der Arbeitsordnung, in welcher von den auf der Werft Beschäftigten gesagt wird, daß sie nicht sozialdemokratische Agitatoren oder Personen sein dürfen, von denen vorausgesetzt werden dürfte, daß sie den Frieden zwischen der Behörde und den Arbeitern oder der Arbeiter untereinander stören wollen. Gegen diese Entlassung ist vom Metallarbeiterverband, der den Schmiedeverband gern auffassen möchte, eine Protestversammlung einberufen worden, in welcher der Bevollmächtigte des erstgenannten Verbandes als Referent den Entlassungsgrund wie folgt schilderte:

„Golds wurde gestimmt, weil er Schriftführer seiner Gewerkschaft (Schmiedeverband) ist. Als er sich darüber beschwerte, sagte man ihm: Ja, die Gewerkschaften sind sozialdemokratisch. Als Golds dies energisch bestritt, wurde ihm gesagt, auf dem Mannheimer Parteitag sei doch erklärt worden: Partei und Gewerkschaften sind eins! Golds wandte ein: Meine Gewerkschaft ist ja gar nicht auf dem Parteitag vertreten gewesen. Hier sind unsere Statuten, in denen steht: Religion und Politik ist ausgeschlossen! Ja, erklärte ihm sein Vorgesetzter, ich kann dabei nichts machen, es tut mir leid, die Kündigung kommt von oben.“

Golds hat hierauf Veranlassung genommen, sich bei Admiral v. Ulfeldom melden zu lassen. Nach drei Tagen wurde er auch vorgelassen, worauf ihm der Herr Ober-Werftdirektor erklärte: „Sie brauchen mir nichts zu erzählen und Ihre Meinung gebrauche ich nicht. Sie sind Schriftführer Ihres Vereines. Diese Leute führen den Frieden zwischen den Arbeitern und dem Arbeitgeber und solche Leute kann ich nicht gebrauchen. Ich weiß ganz genau, was in Ihrer Gewerkschaft vor sich geht. Neulich hat Ihr Vorstand ein Unterzeichnungs-geld abgeholt, mit der Motivierung, daß Sie das Geld bald hier am Orte selbst gebrauchen müßten, denn es stände auch hier ein Kampf bevor.“

Daraus geht allerlei hervor. Zunächst, daß die Gewerkschaftler Denunzianten in ihren Reihen haben, die den Vorgesetzten auf der Werft Mitteilung machen von den Verhandlungen und Beschlüssen der Organisation. Der Denunziant ist auch und in der Seele verhasst! Die Gewerkschaften dürfen sich aber über das Denunziantium in ihren Reihen nicht wundern, weil sie zahlreiche, innerlich gar nicht zu ihnen gehörende Arbeiter in die Organisation hineinpreisen. Das muß sich rächen!

Das andere Mal verdient hervorgehoben zu werden, daß es die Sache der Arbeiter schädigt, wenn auf den sozialdemokratischen Parteitagen immer wieder der Zusammenhang von Gewerkschaften und Sozialdemokratie betont wird. Wer das nicht will, soll rechtzeitig Protest dagegen erheben. Die nachherige saule Ausrube, der Schmiedeverband sei nicht auf dem Parteitag vertreten gewesen, kann seinen Eindruck machen. Tatsächlich hat der Mannheimer Parteitag die Zusammengehörigkeit von Partei und Gewerkschaft mit allem Nachdruck betont. Von den gewerkschaftlichen Führern hat nur Huis-Gissen gegen die Resolution gestimmt. Die aus den übrigen gewerkschaftlichen Organisationen als Parteitagdelegierte in Mannheim zugegenen gewerkschaftlichen Führer haben durch ihre Zustimmung zur Beibehaltung der Resolution anerkannt, daß die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie „einheitlich denken und handeln“ sollen. Diese „Einheitlichkeit des Denkens und Handelns“ dieser Partei und Gewerkschaften wird in der Resolution als ein „unentbehrliches Erfordernis für den Sieg des proletarischen Klassenkampfes“ erklärt und ferner die Notwendigkeit betont, „daß die gewerkschaftliche Bewegung von dem Geiste der Sozialdemokratie beherrscht werde.“ Zu den hier gemeinten Gewerkschaften gehört auch der Schmiedeverband. Trüft auf den Schmiedeverband zu, was der Entlassene angesprochen hat, dann wäre es Pflicht des Vorstandes gewesen, gegen den Beschluß des Mannheimer Parteitages Protest zu erheben. Da er dies nicht getan hat, müssen seine Mitglieder, gleichviel ob sie Sozialdemokraten sind oder nicht, die Wirkungen des Beschlusses auf sich nehmen.

Wir billigen die betreffende Bestimmung der Arbeitsordnung nicht; sie besteht aber, und die Arbeiter selbst haben keine Möglichkeit, sie abzuändern. Welcher Organisation oder politischen Richtung der Arbeiter angehört, sollte der Werftdirektion gleichgültig sein. Wohl aber ist es ihr Recht, darauf zu sehen, daß die von ihr beschäftigten Arbeiter nicht innerhalb des Betriebes und der Arbeitszeit agitatorisch tätig sind. Die Gewerkschaftler aber führen gerade dadurch vor allem den Frieden der Arbeiter untereinander, daß sie mit fanatischem Haß andersorganisierte Arbeiter verfolgen und durch Beschönigungen, wenn nicht noch mit schlimmeren Mitteln, die selbständig denkenden Arbeiter in ihre Organisationen hineinbringen. Gehört der Entlassene zu diesen Fanatikern, so hat er sich seine Entlassung selbst zuzuschreiben.

Wir kämpfen mit Energie dafür, daß den Arbeitern die Freiheit der Meinung erhalten bleibt, verlangen aber nicht weniger energisch, daß die Arbeiter dieses Recht der Freiheit auch ihren Arbeitskollegen gegenüber respektieren. Wer das nicht tut, darf keinen Anspruch erheben auf den Schutz der eigenen Meinungsfreiheit!

## Allgemeine Rundschau.

Dienstag, 11. Dezember 1906.

**Verbandsangelegen.** denkt an die Vermehrung der Posten des „Gewerkschein“. Jede Postanstalt nimmt Bestellungen entgegen. Das Quartal kostet 65 Pfg., durch die Postboten frei ins Haus getragen 83 Pfg. Möglichst viele Abonnenten müssen auch außerhalb der Gewerksvereine genommen werden. In jeder Gastwirtschaft, in welcher Gewerksvereine verkehren, sollte der „Gewerkschein“ ausliegen.

**Neuere Zeitungsarbeiten.** Die Tagespresse brachte unsere Mitteilung vom Freitag, daß die Deutschen Gewerksvereine an dem in Aussicht genommenen gemeinsamen Kongress der drei Hauptorganisationen der Arbeiterorganisationen teilnehmen würden, unterfächigen aber den Nachsatz in unserer Notiz, daß diese Teilnahme nur dann erfolge, wenn der Kongress durch Beteiligung aller drei Richtungen zustande kommt. Zu den drei Hauptorganisationen werden neben den sozialdemokratischen und unsern Christlich-Deutschen Gewerksvereinen auch die christlichen Gewerksvereine und der Ableger der antisemitischen „Staatsbürger-Zeitung“, „Das Reich“, wundert sich über unsere aber von ihr falsch wiedergegebene Mitteilung, weil den Herren Gewerksvereinern noch nichts davon bekannt geworden sei, daß die christlichen Verbände es abgelehnt hätten, sich an dem Kongress zu beteiligen. Nicht wir, sondern „Das Reich“ war schlecht informiert! Die Christlichen haben erst, was wir in unserer Notiz auf Grund der vorhergehenden gemeinsamen Konferenz auch ausdrücklich hervorgehoben hatten, am Freitagabend über ihre etwaige Beteiligung an dem Kongress beraten und am Sonnabend vormittag haben sie telegraphisch die Mitteilung nach Berlin gerichtet, daß sie an dem gemeinsamen Kongress nicht teilnehmen könnten.

Da hiernach die Voraussetzung, daß alle drei Organisationen teilnehmen, unerfüllt bleibt, findet der geplante Kongress, der nur Sinn gehabt hätte, wenn er als ein wirklich gemeinsamer Kongress zustande gekommen wäre, selbstverständlich nicht statt. So war es von vornherein abgemacht und in diesem Sinne hatte auch der Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine seinen Beschluß gefaßt.

**Der Brauergefellensverein in Dresden,** dem 48 Mitglieder angehören, hat nach einem Vortrage des Kollegen Berndt, Dresdens seinen Beitritt zum Verbands der Deutschen Gewerksvereine erklärt. Am Montag dieser Woche ging unserm Bureau die Beitrittsurkunde zu. Bravo!

**Zur Eisenbahnreform** ist es zu einer Verhandlung zwischen den Verwaltungen der deutschen Staatsbahnen gekommen. Die Reform soll bereits am 1. Mai 1907 eingeführt werden. Sie besteht in der Hauptache in der Aufhebung der Räderfahrarten mit Berechnung der einfachen Fahrt zur Hälfte des Rückfahrartenpreises. Jetzt kostet 1 km in 3. Klasse 4 Pfg. Eine Rückfahrart kostet 6 Pfg., die einfache Fahrt pro Kilometer also 3 Pfg. Der Fahrpreis mit 2 Pfg. pro Kilometer für die 4. Wagenklasse bleibt unverändert bestehen. In Bayern, rechts des Rheines und Baden, wo es keine 4. Klasse gibt, soll eine Klasse 3b auch Preise von 2 Pfg. pro Kilometer eingeführt werden. Nach diesen Grundzügen wird folgender Tarif eingeführt:

I. Fahrpreise für die Personenzüge. Mindesteinzelsätze für einen Personenkilometer: 1. Kl. 7 Pfg., 2. Kl. 4,5 Pfg., 3. Kl. 3 Pfg.

II. Befreiung der Rückfahrarten zu ermäßigten Preisen.

III. Feste Schnellzugzuschläge: für 1 bis 75 km 50 Pfg. in 1. und 2. Kl., 25 Pfg. in 3. Kl.; für 76 bis 150 km 1 Mk. in 1. und 2. Kl. 50 Pfg. in 3. Kl.; für über 150 km 2 Mk. in 1. und 2. Kl., 1 Mk. in 3. Kl.

IV. Gepäcktarif. Gepäckfracht für Sendungen im Gewicht bis zu 200 kg freit für je angelegene 25 kg in der Maßhöhe (1-25 cm) um 0,20 Mk. bis 5 Mk. bei einer Entfernung über 800 km. Für schwereres Gepäck, das auf einer Fahrart aufgegeben wird, kommen dieselben Sätze mit der Maßhöhe zur Anwendung, daß das 200 kg übersteigende Gewicht doppelt zu rechnen ist. (Der Tarif findet nur Anwendung bei gleichzeitiger Lösung einer Fahrart.)

V. Allgemeine Ausnahmsätze. a) Zusammenstellbare Fahrzeugsätze des Fernverkehrs: 1. Kl. 7,5 Pfg., 2. Kl.

4,8 Pfg., 3. Kl. 3,2 Pfg. Die Fahrzeugsätze betreffen für Benutzung aller Züge; b) ermäßigte Preise für Kinder und für Kranke, Schüler- und Arbeiterarten; c) Fahrpreisermäßigungen im Anschluß an die bestehenden Verhältnisse für Ausländer zu wissenschaftlichen und belehrenden Zwecken, für Schulfahrten und Ferienkolonien, zu milden Zwecken usw.; d) ermäßigte Mindesteinzelsätze für Sonder- und für Ferienonderzüge.

VI. Abweichungen, allgemein vorbehalten für den Stadt- und Vorortverkehr, sowie für den Sonntagsverkehr. Zur Aufhebung kommen insbesondere die bayerischen, württembergischen und badischen Fahrzeugsätze und die württembergischen und badischen bürgerlichen Landesarten und die badischen Kilometer-sätze.

Irgendwo lassen wir, daß die Platzartengebühr in Bezugfall kommen soll. Das würde den Zuschlag für Schnellzüge, der sonst eine nicht unerhebliche Verteuerung des Reisens mit sich gebracht hätte, leichter ertragen lassen. Verteuert wird das Reisen ohnehin durch den Fortfall des Freipreises. Inwiefern eine Erhöhung der Reisenden eintritt durch den Fortfall der Fahrzeugsätze, Landesarten und Kilometer-sätze, wie sie jetzt in einzelnen Staaten bestehen, können wir im Augenblick von hieraus nicht beurteilen.

**Arbeiterbewegung.** Auf den Räderwerken in Oberschöneheid bei Berlin dauern die Differenzen fort. Abgesehen von einem Teil der Hilfsarbeiter sind die Arbeiter sämtlich arbeitslos. — Auch bei der Firma Alboir in Offenbach a. M. wo die Dreher, Schlosser und Maschinenarbeiter wegen der Einführung des Präzisionsystems in den Ausland traten, ist noch keine Einigung erfolgt. — Ebenfalls ist in dem nun schon 9 Wochen dauernden Streik der Werkzeugmacher in Berlin eine Aenderung zu verzeichnen. — In der plötzlichen Rädermaschinen- und Fahrradfabrik von vormals Gebrüder Kayser ist es zwischen der Betriebsleitung und dem Mitglieder des Metallarbeiterverbandes zu Differenzen gekommen, die zum Streik führten. Unsere Kollegen und die Mitglieder der christlichen Organ. sind daran nicht beteiligt. — Im Straßburger Baugewerbe laufen die Tarife am 31. März 1907 ab. Die beteiligten Arbeitergruppen haben beschlossen, die geltenden Verträge zu kündigen und in eine Bewegung zur Erreichung günstigerer Tarife einzutreten. — Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe der drei Rheinlande spernte, wie aus Bremerachen gemeldet wird, wegen Lohnunterschieden alle organisierten Zimmerer aus. — Der Streik der technischen Hartgummiarbeiter in Berlin dauert noch fort, da die Arbeitgeber wohl die Befürzung der Arbeitszeit und Aufschlag für Ueberstunden, nicht aber die Festsetzung eines Mindestlohns und eine allgemeine 10prozentige Lohnerhöhung bewilligen wollen. — Auf der Königssteeler Glashütte sind von neuem Differenzen ausgebrochen, da die Firma ihre Versprechungen bezüglich der Rücknahme der Maßregelungen nicht gehalten hat. — Seit sieben Wochen bestehen zwischen der Firma Wunderlich in Berlin und den von ihr beschäftigten Militäreffektensattler Differenzen. — Die Einrichter und Zuschneider der Schiffsfabrik Schönhof-Strand in Offenbach haben die Kündigung eingereicht. — Die Wiener Postbeamten glauben Ursache zur Unzufriedenheit zu haben und haben die Absicht, noch vor Weihnachten in die passive Resistenz einzutreten und dieselbe auf alle Zweige des Postwesens auszuweiten. — Die Arbeiter der Metallwarenfabrik Böhm in Gen. (Holland) sind in den Streik getreten. Sie fordern eine Lohnerhöhung, die Einführung der Stillearbeit und bessere und hellere Arbeitsräume. — In Rijssen in der holländischen Provinz Overijssel ist ein Textilarbeiterstreik ausgebrochen, an dem etwa 1000 Arbeiter beteiligt sind. Sie verlangen in der Hauptache eine Lohnerhöhung von 5-20 Prozent.

**Im sehr geschäftigen Jahre** äußert sich die „Deutsche Industriezeitung“ über die Gesellschaft für Soziale Reformen aus Anlaß deren Generalversammlung. Die Gesellschaft der Herren v. Terpeloff und v. Kottwitz sollte ursprünglich eine zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern vermittelnde Tätigkeit anhalten. Aber schon zu Beginn drängten sich teils aus parteipolitischen Gründen, teils aus wohlmeinender und der Populartätigkeit halber, teils aus wohlmeinender Gemeinnützigkeit und Sentimentalität die „Arbeiterfreunde“ so stark in den Vordergrund, daß der Sitz der Arbeiterfreundlichkeit gar nicht mehr aufzuhalten war und das übrige hingenommen. Heute ist die Gesellschaft für Soziale Reformen eine Organisation zur einseitigen Vertretung der Arbeiterinteressen. Sie gehören 172 korporative Mitglieder an, davon sind 108 Arbeitnehmerorganisationen, 22 politische und 11 gemeinnützige Vereine (also zum Teil Wohlfahrtsvereine, 16 öffentliche Körperschaften (deren Funktionäre wohl auch von Wohlthunern abhängig sind), während die kleineren von 15 Arbeitnehmerorganisationen wohl bald aus der Mitgliederliste verschwinden wird. Die Gesellschaft rühmt sich, daß ihr mittelbar eine Million Arbeiter angehören. Sie hat also mit den Arbeiterorganisationen die